



## Fachkräftemangel richtig bekämpfen

Der Fachkräftemangel in Deutschland befindet sich seit Jahren auf einem hohen Niveau. Verteilt über nahezu alle Wirtschaftszweige sind laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aktuell rund 1,7 Mio. Stellen unbesetzt. Angesichts von 5,5 Millionen Bürgergeld-Empfängern müssen wir in erster Linie möglichst viele Menschen, die rechtmäßig in Deutschland leben, aber bislang nicht erwerbstätig sind, in Arbeit bringen und denjenigen, die mehr arbeiten wollen, Vollzeit-erwerbstätigkeit ermöglichen. Dazu gehört einerseits, Arbeitszeiten flexibler als bisher zu ermöglichen, um Vollzeittätigkeiten gerade von Frauen zu erleichtern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, andererseits auch eine schnellere und bessere Vermittlung von Arbeitslosen in dauerhafte Beschäftigung.

Klar ist aber auch: Ohne zusätzliche Fachkräfte aus dem europäischen und nicht-europäischen Ausland werden wir einen wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Arbeitsmarkt nicht gewährleisten können. Für Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten haben wir mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz 2019 bereits einen guten Rechtsrahmen geschaffen. Wie die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bestätigt, zählt Deutschland inzwischen zu den Ländern mit den liberalsten Regelungen für Erwerbsmigration. Wir müssen aber feststellen: Es entscheiden sich nach wie vor zu wenige der dringend benötigten Fachkräfte für Deutschland. Die schleppende Visaerteilung durch das Auswärtige Amt ist seit Jahren ein Nadelöhr. Und viel zu lange behördliche Anerkennungsverfahren schrecken gut qualifizierte Bewerber ab.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzesentwurf zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung in die völlig falsche Richtung zielt: Zum einen will die Bundesregierung die Anforderungen an Fachkräfte erheblich absenken – anstatt sich im Wettbewerb um die benötigten Fach- und Spitzenkräfte besser aufzustellen.

Zum anderen krankt die Fachkräfteeinwanderung an überlangen Verfahren – und zwar auf allen Stufen. Von der Beantragung des Visums bis zu den ausländerrechtlichen Genehmigungen vor Ort dauern die allermeisten Verfahren viel zu lange. Die Gewinnung ausländischer Fachkräfte ist nicht zuerst eine Frage neuer Regeln und Gesetze, sondern einer verbesserten Umsetzung und Verwaltung. Das müsste im Zentrum der Bemühungen stehen. Stattdessen plant die Ampel eine weitere Vermischung der Asyl- und Erwerbsmigration („Spurwechsel“). Deswegen muss die fachliche Qualifikation zwingend Dreh- und Angelpunkt der Erwerbsmigration bleiben. Die Bundesregierung soll für die Einwanderung von Fachkräften eine neue Bundesagentur für Einwanderung einrichten. Diese soll die Aufgabe haben, Fachkräften alle Services aus einer Hand zukommen zu lassen: Von der Arbeitsplatzvermittlung, der Prüfung der Einreisevoraussetzungen, dem nötigen Visum bis hin zum Aufenthaltstitel nach Ankunft in Deutschland.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



unser Land braucht Fachkräfte. Dafür müssen aber vorrangig inländische Potentiale noch stärker aktiviert und Menschen aus der EU für unseren Arbeitsmarkt gewonnen werden. Für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten haben wir erst 2019 eines der modernsten

Einwanderungsrechte zu Arbeitszwecken weltweit geschaffen. Nun ändert die Ampel aber unnötigerweise viele Vorschriften. Dabei sind nicht die gesetzlichen Regelungen, sondern die überlangen Verfahren zum Beispiel in den Auslandsvertretungen das Hauptproblem und zur Beseitigung dieses Problems trägt der jetzige Gesetzentwurf der Ampel kaum etwas bei. Statt die Antragsverfahren zu beschleunigen, erhöht die Ampel die Zahl der Antragsberechtigten und verschärft so die bestehenden Probleme. Die Verfahren zur Fachkräfteeinwanderung müssen schneller, einfacher und digitaler werden. Das geht mit der Einrichtung einer neuen Bundesagentur für Einwanderung. Fachkräfte benötigen den Service aus einer Hand und eine Bündelung aller Verfahren, die zurzeit noch bei Auslandsvertretungen, in Bundesländern und Kommunen geführt werden.

Die Ampel senkt in ihrem vorgelegten Gesetz außerdem die Qualifikationsanforderung für die Zuwanderung und schafft mit einem Punktesystem zur Jobsuche ein bürokratisches Monstrum, das keinen Sinn macht.

Außerdem vermischt die Ampel mit der Möglichkeit zum Spurwechsel für Asylbewerber auch noch die Asyl- und Arbeitszuwanderung. Das ist gerade in der aktuell angespannten Migrationslage ein falsches Signal. Richtig wäre es, mit einer verstärkten Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern die irreguläre Zuwanderung nach Deutschland spürbar zu begrenzen. Stattdessen schafft die Ampel ein neues Bleiberecht für nicht schutzbedürftige, irregulär nach Deutschland gekommene Migranten. Ein Stichtag wird niemanden davon abhalten, sich in der Hoffnung auf ein künftiges Bleiberecht ebenfalls auf den Weg zu machen.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Ihr

Dr. Günter Krings, MdB

**Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW**

Foto: Tobias Koch

## Ukraine-Wiederaufbau vorantreiben

### Ampel muss Widerstand gegen Unions-Vorschlag aufgeben

Anlässlich der zweiten Ukraine-Wiederaufbau-Konferenz am 21./22. Juni in London erklärt der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volkmar Klein:



„Es ist gut, dass die Ukraine-Konferenz in London private Investitionen für den Wiederaufbau des Landes in den Blick nimmt. Staatliche Gelder können diese Mammutaufgabe allein nicht stemmen. Auch die Ampel-Koalition sollte mehr Privatinvestitionen in der Ukraine unterstützen. Deshalb sollte sie den Widerstand gegen den Vorschlag der Union aufgeben, das Geschäft der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) in diesem Bereich stärker zu fördern. Hierfür sollte der Gewährleistungsrahmen des Bundes für die KfW in begrenztem Umfang für deren Tochter, die DEG, geöffnet werden. Die DEG hätte so mehr Spielraum, um Unternehmensinvestitionen – vor allem im Agrarbereich - in der Ukraine zu finanzieren. Damit könnten wir zwei Probleme gleichzeitig angehen: Sowohl einen Beitrag zum Wiederaufbau der Ukraine als auch zur Verbesserung der weltweiten Lebensmittelversorgung zu leisten.“

Die bislang von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Unterstützung der Ukraine sind richtig, doch sollten wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, das Land zu unterstützen.“

**Hintergrund:** Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat am vergangenen Donnerstag den Antrag „Wiederaufbau der Ukraine fördern – Gewährleistungsrahmen des Bundes nutzen“ eingebracht. Sie finden den Antrag unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/071/2007189.pdf>

Foto: Tobias Koch

## Schiene in die Zukunft führen – Deutsche Bahn neu aufstellen

Bahnfahren sollte zuverlässig, sicher, angenehm und attraktiv sein. Aber die Deutsche Bahn befindet sich in der Krise. Unpünktlichkeit, kaputte Züge und Unzuverlässigkeit sind bei Zugreisen alltäglich. Mobilfunknutzer in Zügen erleben, dass Telefonieren, mobiles Arbeiten oder die Nutzung von digitalen Unterhaltungsangeboten häufig nur eingeschränkt möglich sind. Das Ziel, Bahnfahren attraktiv und auch aus Klimaschutzgründen zu einer echten Alternative zu anderen Verkehrsmitteln zu machen, droht vor diesem Hintergrund kläglich zu scheitern.

Ursachen für die Misere gibt es viele: Der Betrieb auf der Schiene ist notorisch überlastet, obwohl die angestrebte Verlagerung von anderen Verkehrsträgern auf die Schiene nicht erreicht wurde. Die Schieneninfrastruktur ist veraltet, weil die Deutsche Bahn die notwendigen Investitionen in den Aus-, Um- und Neubau der Schiene nicht getätigt hat. Dabei hat sie vom Eigentümer Bund dafür viele Milliarden Euro erhalten, unter anderem über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen I bis III und das 1000 Bahnhöfe-Programm. Der Wettbewerb auf der Schiene lässt zu wünschen übrig, obwohl die Rahmenbedingungen hierfür erleichtert wurden. So liegt der Anteil von Wettbewerbern der DB im Fernverkehr bei unter fünf Prozent. Die Digitalisierung der Schieneninfrastruktur geht viel zu langsam voran.

Bei der Deutschen Bahn kann es nicht so weitergehen wie bisher. Das Unternehmen muss grundlegend neu aufgestellt werden. Es braucht einen echten Quantensprung im Personen- und Güterverkehr. In unserem Leitantrag schlagen wir deshalb vor, die Infrastruktur vollständig vom Transportbereich zu trennen. Die Struktur von über 700 Tochterunternehmen muss entflochten werden. Die Vorgaben des Bundes müssen künftig verbindlich umgesetzt werden. Der Verkehrsminister sollte hierfür mehr Einflussmöglichkeiten erhalten, dafür dann aber auch die Gesamtverantwortung für die Umsetzung der Bahnpolitik tragen.

#### Impressum:

Ausgabe Nr. 12/2023,  
23. Juni 2023

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck